

mittlungsstellen bestätigen, daß die Gemeinden eine solche Aufgabe erfolgreich lösen können. Viele Hausbesitzer, die nur über wenige Mietwohnungen verfügen, finden es praktisch, daß ihnen die Gemeinde Mieter anbieten kann. Das gilt nicht nur für Sozialwohnungen, für die die Gemeinden ein gesetzliches Belegungsrecht haben, sondern für alle Wohnungen, die Vermieter den kommunalen Vermittlungsstellen melden.

In kleineren Gemeinden ist allerdings die Zahl der zu vermittelnden Wohnungen zu gering, um einen Beamten mit dieser Aufgabe auszulasten. Dann sollten bestehende Organisationen wie die örtlichen Mietervereine, die schon jetzt viele Bürger in Mieterfragen beraten, diese Aufgabe erfüllen. Ein Kostenzuschuß der Gemeinde könnte sicherstellen, daß dort nicht nur Mitglieder betreut werden. Seine Höhe wäre niedriger als die Ausgaben für eine kommunale Wohnungsvermittlungsstelle, auf die in mittleren und größeren Städten nach Ansicht der SPD nicht verzichtet werden kann.

F.D.P.: „Nulltarif“ nur für sozial Schwache

Für die F.D.P.-Fraktion erklärt der Vorsitzende, Hans Koch:

Im Rahmen der „Wohnungsaufsicht“ können in NW kommunale Wohnungsvermittlungsstellen zur Verhinderung von Wohnungsmissständen oder zur Vermittlung von Wohnungen an sozial schwächere Bevölkerungskreise errichtet werden. Diese Aufgabe wurde bisher zufriedenstellend und gebührenfrei gelöst. Das begrüßt die F.D.P.-Fraktion ausdrücklich.

Die bis vor kurzem noch lebhaft erhobene Forderung nach allgemeiner Wohnungsvermittlung durch die Gemeinden zielt m. W. weit darüber hinaus, nämlich auf kostenlose, unbeschränkte Vermittlung aller Arten von Wohnraum für jedermann. Ein wesentliches Motiv lag in überhöhten Provisionsforderungen „schwarzer Schafe“ des Maklergewerbes.

Gegen die kommunale Vermittlung freifinanzierter und sozialbindungsfrei gewordener Wohnungen bestehen erhebliche Bedenken. Entgegen den positiven Erfahrungen, die man bundesweit gesammelt haben will, wird nach meinen Informationen gemeindlichen Vermittlungsstellen nur selten eine freifinanzierte oder nicht mehr sozial gebundene Wohnung angeboten, es sei denn, daß die Vermietbarkeit der Wohnung durch Mietzinshöhe, Lage oder Zustand erschwert wäre. Damit reduziert sich jedoch die Vermittlung freier Wohnungen auf so wenige Fälle, daß die Kostenbelastung je Vermittlung ein kaum vertretbares Maß erreicht.

Meine Fraktion zieht die Stärkung privater Initiative – zum Beispiel Rechtsberatung in Mietervereinen, studentenschaftliche Selbsthilfe bei der „Buden“-Vermittlung, Bemühungen der Maklerverbände um seriöses Geschäftsgebaren ihrer Mitglieder – als Waffe gegen „schwarze Schafe“ vor. Kommunale Betätigung halten wir nur bei Funktionsunfähigkeit des Marktes, „Nulltarif“ nur im Rahmen der „Wohnungsaufsicht“ für sozial Schwache für nötig und gerechtfertigt.

Porträt



Hermann-Josef Geismann (CDU)

Er hat Fans in allen Fraktionen, schafft sich mit seinem Hobby Freunde in allen Parteien, schlägt mit seinen stimmungsvollen Aquarellen und zarten Zeichnungen Brücken auch zum politischen Gegner. Dabei sieht der hünenhafte, wuchtige Westfale Hermann-Josef Geismann aus Hemer nicht so aus, wie man sich eigentlich einen Künstler vorstellt, sondern strahlt auch im Düsseldorfer Landtag die selbstsichere Ruhe eines Handwerkers aus, der weiß, wovon er redet und lieber schweigt, wenn andere theoretisieren. Denn der Architekt Geismann, der 1970 den schwierigen Wahlkreis 122 (Iserlohn-Stadt/Iserlohn-Land II) für die CDU eroberte, lernte seinen Beruf buchstäblich von der Pike auf: Nach dem „Einjährigen“ begann er eine Maurerlehre, besuchte als Maurergeselle eine Fachschule und machte dort sein Examen als Hochbau-Ingenieur. Geismann arbeitete dann in verschiedenen Architekturbüros seiner westfälischen Heimat und machte sich 1958 selbständig.

Dabei verlor er nie den Kontakt zu seinen Mitbürgern und ihren Problemen. Mit 19 Jahren wurde er Mitglied der Jungen Union und war von 1960 bis 1966 deren Kreisvorsitzender. Ein Jahr später wurde er in den Kreisvorstand der CDU gewählt, für die er bereits vorher kommunalpolitisch tätig gewesen war. Ein Jahr vor seiner Wahl in den Landtag wurde er Bürgermeister des Amtes Hemer.

Das politische Interesse und soziale Engagement von Geismann, der zu der Minderheit der Freiberufler im nordrhein-westfälischen Parlament gehört, wurde dem heute 44jährigen Vater von drei Kindern bereits im Elternhaus vermittelt. Im „Glorioschein“ seines Großvaters, einem als „Roter Steffen“ im Ruhrgebiet bekannten Bergmann, der auf unkonventionelle Weise Mitbürger juristisch beriet und Armen half, wuchs der Freizeit-Maler auf; sein Vater gründete eine der ersten Lehrwerkstätten in Hemer, und Hermann-Josef Geismann steht heute mit

zahlreichen Sprechstunden als „Ombudsmann von Hemer“ in dieser Tradition.

Den Kontakt zu Wählern und Mitbürgern mit anderen politischen Einstellungen sowie seine politischen Gespräche in Baubuden, will der Erbauer von modernen Kirchen und Gemeindezentren nicht verlieren. Denn wie er „immer die Kirche im Dorf lieb“, so sehr achtet er auch als Abgeordneter das „vernünftige und solide Urteil“ von Handwerkern und Leuten vom Bau, die er fast täglich sieht. Seine „vor Ort“ gewonnenen Kenntnisse und Erfahrungen nutzt Geismann, der „nie Berufspolitiker“ werden will, im Ausschuß für Wohnungs- und Städtebau und im Haushalts- und Finanzausschuß. Den Architektenwettbewerb zum Bau des Landtags wird er als Jurymitglied fachmännisch und kritisch beurteilen können. Mit seinem Büro will er sich bei diesem Projekt nicht engagieren, denn: „Das ist für mich zu groß. Man hat ja schließlich Maßstäbe“.

Der Architekt beklagt sich nicht darüber, wie schwer ihm die Synchronisation von Beruf und Mandat fällt. Aber in manchem Nebensatz wird deutlich, wie sehr er in seinem Büro in Hemer (wo er bei seiner Wahl in den Landtag einen Vertreter anstellen mußte) vermißt wird, wenn er in Düsseldorf nicht fehlen darf. Trotzdem plädiert Geismann dafür, daß mehr Freiberufler als bisher ihre praktischen Erfahrungen in politische Arbeit umsetzen sollten. Wobei ihm klar ist, daß dazu auch eine Portion Idealismus gehört.

Helmut Breuer